

Neue Zürcher Zeitung

KOMMENTAR

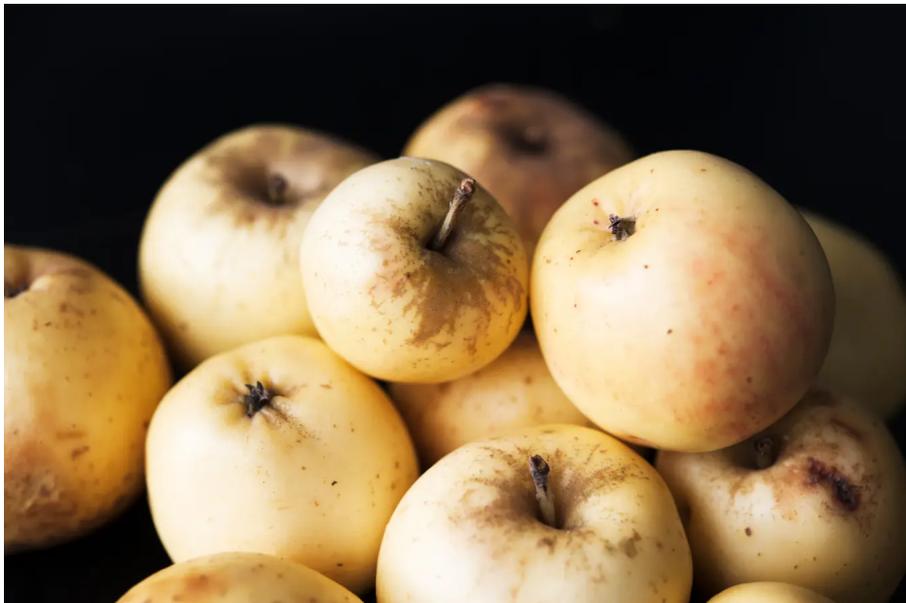
Warum niemand Bioäpfel kaufen muss

Die Doppelmoral der Konsumenten steht am Pranger. Bio predigen und dann doch das billigere Produkt kaufen – das sei falsch, heisst es. Über ein scheinheiliges Argument.

Angelika Hardegger

12 Kommentare —

23.10.2020, 05.30 Uhr



Würden alle Schweizer Bio kaufen, wäre das Pestizidproblem gelöst. Sind die Schweizer Konsumenten Heuchler?

Goran Basic / NZZ

Mina Hofstetter durfte weder abstimmen noch wählen. Sie hatte null politische Macht, aber sie veränderte die Landwirtschaft.

Hofstetter, 1883 geboren, wurde im Ersten Weltkrieg Bäuerin. Sie bewirtschaftete einen Hof am Greifensee, publizierte über experimentelle Anbaumethoden, gründete eine Lehrstätte für biologischen Landbau. Mina Hofstetter war eine Biopionierin der Schweiz. Sie veränderte die Art, wie Böden in der Schweiz bebaut werden – aus Überzeugung und dort, wo sie mächtig war: auf dem eigenen Hof.

Als Mina Hofstetter im Jahr 1967 starb, wurden Biobauern als Extremisten in Birkenstock-Sandalen verunglimpft. Sie würden entweder «verlumpen» oder in Unkraut versinken, hiess es. Sechs Jahrzehnte später passt Bio ganz gut in den Rahmen der Gesellschaft, und immer noch ein bisschen besser: mit jeder weiteren Art, die ausstirbt, mit jedem neuen Nachweis von Pestiziden im Wasser, mit jedem Skandalbild aus der industriellen Fleischproduktion.

In Umfragen sagen 77 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer, dass die moderne Industriegesellschaft die Natur in gefährlicher Weise missbrauche. Drei von vier Schweizern sprechen sich gegen Massentierhaltung aus. Gleich viele akzeptieren auf keinen Fall Pestizide im Trinkwasser. Die Zahlen stehen in einem eigenartigen Widerspruch zu einer anderen Zahl:

Der Marktanteil von Bio liegt bei 10 Prozent.

Würden alle Schweizerinnen und Schweizer Bio kaufen, wäre das Pestizidproblem gelöst. Würden alle Schweizer Bio kaufen, hätten alle Kühe, Schweine und Hühner Auslauf. Es brauchte keine Initiativen mehr gegen Pestizide, keine komplizierten Absenkpfade für Gülle, keine Volksbegehren zur Abschaffung der Massentierhaltung und keine Gegenvorschläge dazu.

Wir müssten einfach nur Bio kaufen, im Kollektiv Macht ausüben, wo wir sie haben: im Laden vor dem Regal. Wir müssten etwas mehr so sein wie Mina Hofstetter. Oder nicht?

Die Bauern sagen es bei jeder Gelegenheit: Wie sie sofort ökologischer produzieren würden – wenn der Konsument das denn nachfragen würde. «Der Konsument entscheidet letztlich, welche Produkte er kaufen und konsumieren will», sagte ein Bauernvertreter im Parlament, als es um die Pestizidfrage ging. «Es ist eine Frage des Marktes. Die Konsumenten sind gefragt», antwortete der ehemalige Direktor des Schweizer Bauernverbands auf die Frage, ob ein Bioland Schweiz möglich sei. Der Präsident des Bauernverbands rief kürzlich in einem Interview aus: «Wenn es fünfzig Prozent Bio braucht, müssen wir fünfzig Prozent Bio produzieren.» Aber wenn die Bauern nur weniger verkaufen könnten, sei eben weniger richtig. «Wir müssen marktgerecht produzieren!»

Es tönt konsequent: Mehr Tierwohl und weniger Pestizide fordern und dann doch das billige Poulet und den schönen goldenen Apfel kaufen – das ist scheinheilig. Sind die Schweizer Konsumenten also Heuchler? Wenn ja, sind sie mindestens in guter Gesellschaft. Denn die Bauernpolitiker sind es auch.

«Kauft Schweizer Zucker!»

Im Februar 2018 schlugen die Bauern Alarm. Der Preis für Zucker war ins Bodenlose gesunken. Die Europäische Union hatte zuvor die Zuckerquote abgeschafft. Jetzt schlug der Weltmarktpreis auf die Schweiz durch. Die Rübenbauern schrieben Verluste, der Bauernverband reagierte rasch und unbürokratisch. Er lancierte einen Appell an die Konsumenten: «Kauft Schweizer Zucker!»

Wenn alle Zucker aus der Schweiz kaufen würden, sagten sie, wäre das Problem gelöst.

Diese Geschichte ist zur Hälfte frei erfunden. Wahr ist, dass die Zuckerbranche in die Krise schlitterte. Erfunden ist, dass die Bauern an die Konsumenten appellierten. In Wahrheit appellierten sie an den Staat.

Der Bauernverband verlangte ultimativ einen Mindestpreis für Zuckerrüben. Der Direktor, für den das Bioland Schweiz «eine Frage des Marktes» war, hatte vorsorglich eine Mindestpreisforderung im Parlament deponiert. Sie ist noch hängig, der Bund sprach für die Zwischenzeit andere Unterstützung: Er hob den Zoll auf Importzucker an und erhöhte die staatlichen Zahlungen an Zuckerrübenbauern. Pro Hektare und Jahr erhalten sie statt 1800 Franken seither 2100 Franken Direktzahlungen.

Der Staat griff beim Zucker ein, weil er wollte, dass in der Schweiz Zucker produziert wird. Und so wie der Staat es beim Zucker macht, macht er es mit der ganzen Landwirtschaft: Er steuert sie. Mit Zöllen und Direktzahlungen greift er massiv in die Landwirtschaft ein, und meist sind es die Bauernpolitiker selbst, die den Staat rufen. Etwa wenn der Zuckerpreis fällt. Wenn der Weinabsatz einbricht. Wenn ein früher Frost die Ernte gefährdet.

Warum sollte ausgerechnet eines der drängendsten Probleme der

Landwirtschaft – die Umweltbelastung – von den Konsumenten am Markt gelöst werden? Das von bäuerlicher Seite zu fordern, ist mindestens so scheinheilig, wie Bio zu predigen und Billigfleisch zu kaufen.

Die Schleppschlauch-Story

Die Steuerung der Landwirtschaft fängt beim ganz Grundsätzlichen an, nämlich bei den W-Fragen. Der Staat steuert, wer Bauernland erwerben kann (hauptsächlich Kinder von Bauern) und wo Landwirtschaft betrieben wird (auch im Berggebiet, deshalb fliesst dort besonders viel Geld hin). Der Staat steuert, was die Landwirtschaft produziert: Zuckerrüben etwa, aber auch Leistungen zum Wohl von Tieren und Umwelt. Das führt zum Wie: Der Staat steuert, wie Landwirtschaft betrieben wird, zum Beispiel: wie Bauern güllen. Vorzugsweise mit einem Schleppschlauch.

Der Gülle-Schleppschlauch ist einen Exkurs wert. Er beginnt damit, dass Bauern die Gülle durch die Luft auf die Wiesen spritzen. Irgendwann finden Forscher heraus, dass die Technik schlecht ist für die Umwelt, weil viele klimaschädliche Gase in die Luft gelangen. Also erfindet der Bund einen Anreiz: Landwirte, die ihre Gülle ganz nah am Boden ausbringen, eben mit Schleppschlauch güllen, werden dafür bezahlt. Der positive Effekt ihres Handelns auf die Umwelt bekommt einen Wert.

Dann, im Jahr 2019, will der Bund den Schleppschlauch für obligatorisch erklären, ganz ohne Entschädigung. Die Bauernvertreter im Parlament opponieren mit mindestens drei Interpellationen und einer Motion. Das Güllen mit dem Schleppschlauch soll freiwillig bleiben und vergütet, sagen sie. Wer Gutes tut für die Umwelt, soll entschädigt werden.

Es stehen damit zwei Politiken zur Diskussion: ein Verbot der alten Gülle-Technik. Und ein finanzieller Anreiz, die Lenkung. Der Bund hätte theoretisch auch einen Appell an die Bauern richten können: Sie sollten doch bitte mit dem Schleppschlauch güllen – dem Klima zuliebe. Er hat es nicht getan. Weil er wusste, dass es nicht funktioniert. Ein Appell zum freiwilligen Öko-Güllen hätte die Bauern vor ein Dilemma gestellt: Warum sollte einer freiwillig Tausende Franken ausgeben für einen Schleppschlauch, wenn der Nachbar am selben Tag mit der alten Technik die Luft verschmutzt?

Mina Hofstetter bauerte ohne Vieh. Hätte sie Vieh besessen, sie hätte vielleicht freiwillig mit Schleppschauch gegüllt – aus Überzeugung. Aber die meisten Bauern sind keine Mina Hofstetters, und das ist auch in Ordnung. Nur gilt für Konsumenten natürlich dasselbe.

Einige Konsumenten kaufen aus Idealismus Bioäpfel, andere aus der Überzeugung, sie seien gesünder. Den meisten Konsumenten ergeht es allerdings wie den Bauern mit dem Schleppschauch: Sie würden Bioäpfel kaufen, wenn die anderen es auch täten. Aber sie wissen: Solange die meisten Konsumenten die günstigeren, dutzendfach pestizidbehandelten Äpfel kaufen, ist der Nutzen für die Umwelt minimal.

Darum wird der Konsument das Umweltproblem der Landwirtschaft nicht lösen. Darum darf man es nicht auf ihn abwälzen. Nicht in einer Branche, in der so vieles vom Staat geregelt wird. Nicht in einer Branche, die vom Staat so massgeblich mitfinanziert wird.

Wir sind auch Bürger

Der durchschnittliche Schweizer Bauernhof schreibt mit der Produktion von Lebensmitteln Verluste. Das hat kürzlich eine Studie der Universität St. Gallen gezeigt. Bei Bio-Höfen stammen 40 Prozent des landwirtschaftlichen Betriebsertrags aus Direktzahlungen, bei Nicht-Bio-Betrieben sind es im Schnitt 27 Prozent.

In diesem Text war die Rede vom Staat, der das Wer, Wo, Was und Wie in der Landwirtschaft steuert. Offen blieb das fünfte W, das Warum. Warum steuert der Staat die Landwirtschaft derart massiv? Die Zahlen aus der St. Galler Studie geben eine Antwort. Weil er sie bezahlt.

Der Staat investiert jedes Jahr Milliarden in die Landwirtschaft, und der Staat, das sind wir alle gemeinsam: die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Bürger. In dieser Funktion, als Bürger, darf sich jeder in die Landwirtschaftspolitik einmischen. Der Bürger darf vom Staat verlangen, dass Landwirte weniger Pestizide einsetzen und Tieren mehr Auslauf geben. Er darf verlangen, dass im Agrarbudget mehr Geld in den ökologischen Anbau fließt. Als Bürger darf jeder von der Landwirtschaft fordern, was er will.

Ob er nun Bio kauft oder nicht.

12 Kommentare

Aaron Freiermuth vor etwa 4 Stunden

5 Empfehlungen

Ich verstehe nicht, weshalb solche grundlegenden Probleme wie der Klimawandel immer auf die kleinstmögliche Instanz - Das Individuum geschoben werden. Es ist doch allgemein bekannt, dass es diese "wenn es der andere nicht tut, tu ich es auch nicht " Haltung gibt. Ist denn nicht die Politik genau für diese Themen ein Instrument? Um Massen von Individuen zu leiten? Notfalls auch mit Gesetzen. Der Klimawandel betrifft jeden einzelnen von uns. Ob links, rechts, liberal oder konservativ. Wer dies leugnet, verschliesst die Augen.

H. P. vor etwa einer Stunde

4 Empfehlungen

Bio ist vernünftig und gut. Warum eigentlich muss Bio als Bio gekennzeichnet sein?? Wäre es nicht besser den umgekehrten Weg zu suchen und die Deklaration Bio fallen zu lassen, dafür die nicht Bio produzierte Ware als mit chemischen Mitteln behandelt anzupreisen. Wetten, dass dann kaum mehr einer auf die gespritzten Produkte zugreift. Dass dies nicht so schnell geht ist auch mir klar, aber ein Versuch wäre es dennoch, zumal es ja nicht die die Gemüse und Obstbauern betrifft, sondern auch die Weinbauern usw. Nachdenken über dieses Thema tut not.

Alle Kommentare anzeigen

Mehr zum Thema

INTERVIEW

Bauernpräsident über die grüne Landwirtschaftsreform: «Der Bundesrat will uns ein trojanisches Pferd schenken»

Bauernpräsident Markus Ritter will die grüne Reform der Landwirtschaft vereiteln. Im Interview droht er mit einem Scheitern des Mercosur-Freihandelsvertrags, wenn das Parlament den Bauern zu viele Auflagen macht.

Angelika Hardegger 11.08.2020



Gärtner Kobelt kämpft gegen die Umweltbehörden: «Die Freiheit der Pflanzen ist die Freiheit von allen»

Im Kampf gegen Neophyten mobilisiert die Schweiz alle verfügbaren Kräfte. Doch ein Gärtner aus dem Rheintal rebelliert.

Angelika Hardegger, Text; Annick Ramp, Bilder 24.07.2020



Wäre das Bioschwein 10 Prozent günstiger, könnte der Absatz einen Drittel höher sein

Eine Studie weist nach, wie Preisänderungen den Bioabsatz ankurbeln könnten. Der Tierschutz fordert eine Einigung unter Detailhändlern.

Angelika Hardegger 30.09.2020



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.